Frau Klein erläutert, dass ihre Fraktion dem Beschlussvorschlag zu b) folgen könne.

Herr Faßbender würde es zukünftig befürworten, das in Rede stehende Grundstück auf den Lageplänen zu markieren. Er befürchtet die Schaffung eines Präzedenzfalles, wenn über die Abgrenzung eines Bebauungsplanes hinaus, Baurecht für eine Parzelle geschaffen wird.

Vorsitzender Gräf argumentiert, dass man mit der Schaffung des Baurechts den Schluss mit der gegenüberliegenden Parzelle schaffe. Eine weitere Ausweisung könne es nicht geben.

Herr Lorenz vertritt die Meinung, dass man diesen Fall nicht mit den anderen Anträgen auf Baulandausweisung vergleichen könne, da sich das Grundstück am Rande einer bereits vorhandenen Bebauung befände. Er weist darauf hin, dass durch die Errichtung eines Wohnhauses eine Investition entstehe. Außerdem sei der Wald in einem ausreichenden Abstand, sodass keine Gefahr durch Unfälle mit Bäumen bei Stürmen ausgehe. Auch handele es sich nicht um eine landwirtschaftliche Fläche, die den Landwirten entzogen würde. Nach Abwägung all dessen, sehe er es nicht hinderlich, Investitionsengagement zu fördern.

Vorsitzender Gräf erläutert zu Bedenken von Herrn Kolf, dass in der Vergangenheit jeder Antrag individuell beleuchtet und sorgfältig abgewägt wurde.

Herr Droppelmann erinnert sich an einen abgelehnten Antrag auf Baulandausweisung in Obenroth, obwohl das Grundstück technisch erschlossen war. Seines Erachtens bestehe der einzige Unterschied darin, dass diesmal der Eigentümer in Eitorf wohne und selbst darauf bauen möchte. Beim letzten Mal kam der Antragsteller lediglich aus Troisdorf.

Im Anschluss an weitere Wortbeiträge zu diesem Antrag lässt der Vorsitzende über Beschlussvorschlag b) abstimmen.